



■ schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Feldkirch, P.b.b. GZ 02Z033923 M



Freie LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

- SQA - was ist das?
- „Rettet die Volksschule!“
- OGH-Spruch zu Mobbing: Haftung des Arbeitgebers
- Gemeinsame Schule: Bitte warten ... bitte warten ...

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am Anfang eine Übersicht zu den Themen dieser Nummer.

SQA

Die meisten LehrerInnen haben dieses Kürzel irgendwann mal schon gehört bzw. davon gelesen, die wenigsten können sich darunter Konkretes vorstellen. **Martin Türtscher** macht sich Gedanken über Sinn und Zweck von „Schulentwicklungsgemeinbildung“.

Volksschule in den Fokus

„VolksschullehrerInnen sind leider sehr leidensfähig“, hieß es noch vor zwei Jahren bei der von den Freien LehrerInnen organisierten Veranstaltung „Volksschule in Not“. **Bernd Dragosits** und **Gerhard Unterkofler** zeigen auf, dass es damit wohl vorbei sein dürfte: Die Initiative „Volksschule in den Fokus rücken“ stieß auf starkes mediales Interesse und enormen Zuspruch bei den betroffenen KollegInnen.

Sprachenvielfalt in der Volksschule

„Zuerst sollen sie Deutsch lernen!“, tönt es von PolitikerInnen nicht ungerne, und der Stammtisch sieht das genauso. **Sabine Dreier-Graninger**, Direktorin der VS Bregenz-Stadt, schrieb in einem Beitrag für den „Standard“, wie mehrere Sprachen von SchülerInnen für alle eine Bereicherung darstellen können. Die Redaktion freut sich, diese Sichtweise unseren LeserInnen in den Schulnotizen näher zu bringen.

Katharina Wiesflecker nimmt das mittlerweile beschlossene Forschungsprojekt zur „Schule der 10- bis 14-Jährigen“ kritisch unter die Lupe. **Willi Schneider** und **Armin Roßbacher** bringen in ihren Kommentaren ebenfalls klar zum Ausdruck, dass eigentlich alle Fakten bereits auf dem Tisch liegen.

Leiten einer Schule

Wie in der letzten Ausgabe bereits angekündigt, bleiben die Schulnotizen an diesem Thema dran. **Heinz Tinkhauser**, langjähriger Leiter der Sportmittelschule Nenzing, weist nicht das erste Mal darauf hin, dass der administrative Aufwand für DirektorInnen in den letzten Jahren enorm angewachsen ist. Abhilfe wäre längst in Sicht: Das AMS Vorarlberg meldete im Jänner 2013 allein im Bezirk Bludenz ca. 200 arbeitslos gemeldete Bürokräfte. In den Vorarlberger Pflichtschulen werden sie dringend benötigt.

Die Redaktion

- 3 Garys Nadelstiche
- 4 SchulQualitätAllgemeinbildung
- 6 Rettet die Volksschule!
- 8 (Nicht nur) Erfreuliches
- 9 Unterstützung für SchulleiterInnen
- 10 Supervision
- 11 Pflegeurlaub, Familienhospizfreistellung
- 12 Kuraufenthalt
- 13 Beratung und Information
- 14 Gastkommentar: LAbg. Katharina Wiesflecker
- 15 Sie fragen - wir antworten
- 16 PädagogInnenbildung NEU
- 17 Nachgelesen im Standard
- 18 Mobbing
- 19 Positive Signale oder taktische Spielchen

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzender: Willi Schneider,
Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz

Verantwortliche Redakteure:

Armin Roßbacher, Gerhard Unterkofler

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Bernd Dragosits, Willi Schneider,
Heinz Tinkhauser, Martin Türtscher,
Katharina Wiesflecker

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die Schulnotizen sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

AUF WOLKE SIEBEN

Welch Wohlgefühl erlebte ich vor Weihnachten, als in den Medien verkündet wurde, Bernadette Mennel wolle nun den Versuchsballon Gemeinsame Schule in Lustenau starten. Ich hörte nur noch den Zauberbegriff „Gemeinsame Schule“ und schwebte auf Wolke sieben. Bei dieser ÖVP erlebt man ja in Schulfragen so selten Glücksgefühle, dass schon ein laues Lüfterl alle Glückshormone in Wallungen bringt und den Verstand ausschaltet.

Doch einige Tage später gab's schon die Ernüchterung. Alles doch nur Theaterdonner, Verzögerungstaktik und dazu ein Forschungsprojekt, in dem die Mitarbeit von LehrpersonalvertreterInnen anscheinend nicht gewünscht wird.

Leider mischt in diesem Verwirrspiel auch die Vorarlberger Wirtschaftskammer tüchtig mit. Zuerst gab es positive Äußerungen zur Gesamtschule, dann die Re-

„Gemeinsame Schule ja, aber keine Abschaffung der AHS-Unterstufe“

tourkutsche: Gemeinsame Schule ja, aber ohne die AHS-Unterstufe abzuschaffen.

Wow! Welcher Wiffzack war da wieder einmal am Werk?

Doch wahrscheinlich hat sich der Vorarlberger Wirtschaftsband das Unterrichtsministerium als Vorbild genommen, behauptete dieses doch schon vor einem Jahr in einer Broschüre, dass die Mittelschule eine „Gemeinsame Schule“ sei. Die wenigsten kennen den netten Erklärungsversuch des BMUKK: Natürlich handle es sich bei der neuen Mittelschule trotz Bestehen der AHS-Unterstufe um eine „Gemeinsame Schule für alle 10- bis 14-Jährigen. Denn: „Die NMS ist eine Schule für alle, sie nimmt regional alle Schüler auf. Die AHS sucht sich ihre Schüler aus“.

LERNT VON PRIVATSCHULEN

Immer wieder werden einzelne Privatschulen im In- und Ausland als großartige Beispiele besserer Unterrichtspraxis dargestellt. So verteufelt der Bildungsexperte Andreas Salcher das österreichische Schulsystem und präsentiert im gleichen Atemzug lobend die von ihm mitgegründeten Sir Karl Popper Schule. Gern wird dabei übersehen, dass es sich da-

bei um eine Privatschule für Hochbegabte handelt, die sich natürlich ihre SchülerInnen aussuchen kann. Jede Mittelschule – Unterrichtsmethode hin oder her – könnte genauso glänzen, wenn sie sich ihr Klientel auswählen dürfte. Momentan wird auch die Evangelische Schule Berlin Mitte in den Medien als tolles Beispiel für Schule beworben. Ihre Leiterin Margret Rasfeld soll sogar demnächst in Vorarlberg ihr Schulmodell vorstellen. Auch hier handelt es sich natürlich um eine Privatschule, die sich ihre Kinder aussuchen kann.

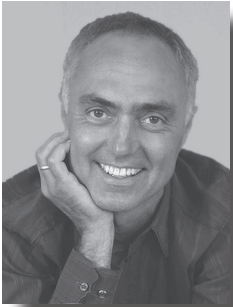
Die österreichische Schule, die sich mit allen Kindern beschäftigen muss, benötigt ein System, das auch allen Schülern gerecht wird und da können wir kaum von solchen privaten „Leuchtturmbeispielen“, die nur in einem geschützten Bereich gut funktionieren, profitieren.

WAHLKAMPF HAT BEGONNEN

Der Lehrerflügel des schwarzen ÖAAB in Vorarlberg ist schon seit längerer Zeit auf Wahlkampftour. Da kritisiert deren Lehrervertreter bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Unterrichtsministerin. Nicht dass es keine Gründe gäbe, die Ministerin zu kritisieren, doch es fällt einfach auf, wenn nur die rote Ministerin zum Handkuss kommt und die schwarze Finanzministerin mit Samthandschuhen angefasst wird. Das ist Parteipolitik pur! Aktueller Vorwurf der ÖAAB-Lehrervertretung: Die Claudia Schmied ist Schuld an den schlechten Lehrergehältern. Verschwiegen wird, dass ohne Zustimmung der schwarzen Finanzministerin Maria Fekter gar nichts geht. Und Fekter ist ja der Meinung, dass Lehrer sowieso exorbitant viel verdienen. Doch das kümmert den ÖAAB nicht, denn schließlich und endlich gilt der Spruch: Irgendetwas wird schon hängenbleiben.

gerhardunterkofler.blogspot.com





Martin Türtscher, Beratungslehrer (martin.tuertscher@lscar1.snv.at)

SQA - keine Ahnung? Du hast vielleicht schon von SQA gehört, aber Genaueres - nein, leider? Oder du weißt bereits, dass da etwas Neues auf uns zukommt, vom Ministerium oder so, und dieses Etwas müssen ab 2013/14 alle machen? Dieses Etwas: Schulqualitätallgemeinbildung. Ministerium, alle, müssen: Reizwörter. Alle müssen machen. Reizsätze. SQA, EP, BZG: Reizsprache. Was uns fehlt, sind tragende Grundgedanken, starke Bilder, große Ziele, weite Ausblicke, klare Wegbeschreibungen, kompakte Informationen. Daher möchten wir in den nächsten beiden Ausgaben der schulnotizen einiges davon anbieten: Gedanken über Sinn und Zweck von SQA, Orientierung und Information.

WAS IST SQA? WAS KOMMT DA AUF UNS ZU?

Wenn ich nicht weiterweiß, hilft mir immer wieder ein alter Trick: Ich frage meine Schüler:

Wenn ich nicht weiterweiß, frage ich meine Schüler.

Stellt euch vor, was passiert ist: Eure Lehrer/in wurden aufgefordert, die Schule zu einer besonders guten Schule zu machen. Sie wissen aber nicht, wie sie es angehen sollen. Sie streiten sogar

miteinander, weil jeder eine andere Meinung hat und glaubt, dass nur er Recht hat. Manche halten sich raus. Sie sagen: Was ich als Lehrer/in mache, das ist meine Sache. Andere finden, es sei doch eh alles gut. Manche möchten alles, was sie einmal gehört haben, sofort ausprobieren. Wieder andere sagen, es sei schade um die Zeit. Am Ende würde man vor lauter Projekten nicht mehr zum Lernen kommen. Und viele sagen: Es ist ganz schön viel, was man von uns erwartet. Ihr seht, die Lage ist verzwickelt. Könnt ihr den Lehrpersonen einen Rat mitgeben? Was könnten sie tun, um diese Schule jedes Jahr ein wenig besser zu machen?

Hier die Antworten der Schüler/innen, geordnet nach ihrer vermuteten Häufigkeit:

Keine Hausübungen, keine Strafen, keine Noten, mehr Ferien, mehr Spaß, mehr Experimente
(Kategorie „Wünsche und Beschwerden“)

*Manche Lehrer/innen meinen, wir Kinder wollten nichts lernen. Klar wollen wir lernen!
Jedes Kind will lesen, schreiben und rechnen können.
Vieles von dem, was wir lernen, weiß ich schon. Da-*

rum ist mir oft so langweilig.

Am besten wäre, wenn wir manche Dinge gemeinsam machen könnten und manche jeder für sich allein.
Usw. usf.

(Kategorie „Ziele, Inhalte, Methoden“)

Die Lehrpersonen sollten vielleicht mal uns Schüler fragen.

Sie könnten in die Parallelklasse gehen und zuschauen, wie sie es dort machen.

Vielleicht müsste unsere Schule nur eine andere Schule besuchen und alles abschauen.

Warum fragen sie nicht einfach die Lehrpersonen, bei denen es gut klappt?

Eigentlich müssten sie zuerst aufschreiben, was wir Kinder wirklich brauchen können.

Sie sollten nicht alles auf einmal anders machen, sondern nur das Schlechte.

Dann müssten sie aber vorher wissen, was das Gute und was das Schlechte ist.

Einfach einen Plan machen und jeder macht mit.

Vielleicht sollten sie zuerst darüber abstimmen und dann erst anfangen?

(Kategorie „Prozesse und Werkzeuge“)

So ähnlich könnte es einem ergehen, wenn man die Kinder befragen würde. Viel Stoff für gemeinsames Nachdenken, für Ideen, Ziele, Maßnahmen, neue Wege, Gehversuche.

Kinder als Impulsgeber, als Feedbackpartner und als Maßstab für Schulentwicklung?

Ja, so ist es: Bei SQA stehen die Schüler/innen im Mittelpunkt. Was nicht bei ihnen ankommt, was dort nicht messbar ist, ist nicht gemeint mit SQA.

„Wir wollen beschreiben, was wir schon bisher gut

gemacht haben. Wir wollen wissen, wo wir uns verbessern können. Wir wollen uns etwas Wichtiges und Realistisches vornehmen. Wir wollen uns Zeit lassen und dennoch dranbleiben. Und am Ende wollen wir erfahren, ob wir das erreicht haben, was wir ursprünglich wollten, und ob unsere Schüler/innen

etwas davon bemerkt haben.“

Genau so erklärt sich Entwicklungsarbeit. SQA ist nichts anderes als ein Rahmen, ein Ablauf, ein Weg zu erwünschten Qualitäten von Schule. So einfach ist es und so komplex zugleich.

SQA in Kurzform

Schul-
Qualität
Allgemeinbildung

SQA ist eine Initiative des BMUKK.

SQA hat eine gesetzliche Grundlage.

SQA ist verpflichtend für alle allgemeinbildenden Schulen.

SQA ist zyklisch angelegt. Ein Entwicklungszyklus dauert drei Jahre.

SQA stellt das Lehren und Lernen in den Mittelpunkt.

SQA ist ein Weg zur Erhaltung und zielgerichteten Verbesserung der Schulqualität.

SQA bedient sich mehrerer Werkzeuge:

- Ist-Stand-Analyse

- Entwicklungsplan

- Bilanz- und Zielgespräch

- Evaluation

SQA verschränkt den Entwicklungsprozess mit einer Umsetzungsphase.

SQA bringt eine neue Funktion ins Kollegium: den/die Koordinator/in für Schulqualität.

SQA ist nichts Neues, sondern versucht vorhandene Energien zu bündeln.

SQA steuert Weiterentwicklung nicht per Zufall, sondern durch Planung.

SQA bietet der Schule eine unterstützende Prozessbegleitung mit Blick von außen an.

SQA fragt, was schon gut läuft, warum das so ist und wer das sagt.

SQA legt von 2013 bis 2016 einen von zwei Entwicklungsbereichen für alle Schulen fest:

- Individualisierung und Kompetenzorientierung

SQA fragt, welcher zusätzliche Entwicklungsbereich der Schule selbst am wichtigsten ist.

SQA setzt auf das Nachdenken und Handeln im Team.

SQA setzt auf Qualität statt auf Quantität.

SQA wird zu einer zentralen Führungsaufgabe.

SQA wird zum Schulalltag gehören und jede Lehrperson betreffen.

SQA ist für die Beteiligten eine Chance zur Mitbestimmung und Mitwirkung.

SQA erfordert Kooperation, Selbstreflexion, Fortbildung, Öffnung, Neugier.

SQA bedeutet Arbeit - gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Zielen.



Aktion

„Volksschulen in den Fokus“

Bernd Dragosits (direktion@vswob.snv.at)
Direktor der Volksschule Wolfurt-Bütze

ENTSTEHUNG

Seit einiger Zeit sind immer wieder KollegInnen mit dem Wunsch an mich herangetreten, eine Aktion zu starten, um endlich die Volksschulen in den Fokus der Bildungspolitik und der öffentlichen Meinung zu bringen.

Nachdem in den letzten Jahren die Diskussion um die Neue Mittelschule und die Gemeinsame Schule viel öffentlichen Raum eingenommen hat und damit die Probleme der Volksschulen, unsere Bedürfnisse, schlicht zu kurz gekommen sind, war ich der Meinung, dass es nun hoch an der Zeit ist zu handeln, selbst initiativ zu werden, unsere berechtigten Forderungen aus der Basis mit Nachdruck und gemeinsam zu deponieren.

KURZFORM DER FORDERUNGEN

- Prävention statt Reparatur!
- Die Basis stärken und den Fokus auf die frühen Bildungseinrichtungen richten!
- „Spürbare“ Ressourcen in die Volksschulen!

VORGEHENSWEISE

Wie kann ein solches Unterfangen gelingen? Als Partei, als Lehrerverein, als Gewerkschaft? Alles schon probiert, alles in ein „parteiliches Eck“ gedrängt und damit nur mäßig gehört bzw. unterstützt.

NEUE WEGE!

Neue Wege mussten also beschritten werden. In Gerhard Unterkofler fand ich einen Partner, der ähnliche Überlegungen angestellt hatte.

Als Privatpersonen, als Personenkomitee – bunt zusammengewürfelt, aber lauter versierte Praktiker – auf diese Vorgangsweise haben wir uns geeinigt.

Gerhard Unterkofler und ich als Initiatoren und Sprecher der Aktion und ein Personenkomitee, welches breit aufgestellt die Forderungen mitträgt. So bieten wir allen Gleichgesinnten (LehrerInnen aller Schularten und Eltern) die Möglichkeit, unsere Anliegen zu unterstützen.

WAS IST BISHER GESCHEHEN?

1. Unterschriftenlistenaktion an allen Vorarlberger Schulen (VS-NMS-ASO)
2. Pressekonferenz
3. Berichte in VN – NEUE – ORF (V-Heute)
4. Radiosendung: „Neues bei Neustädter“ mit Bernd Dragosits
5. Anfrage von NR Harald Walser im Nationalrat (Daraus resultierend die Möglichkeit zur Teilnahme am Unterrichtsausschuss des Nationalrates)

WAS IST WEITER GEPLANT?

1. Treffen mit dem Landeselternverband und Landesfamilienverband – Akkordierung und Synergien
2. Unterschriften von Eltern sammeln – nicht über die Direktoren bzw. Lehrpersonen – keine Instrumentalisierung
3. Weitere Systempartner ins Boot holen
4. Übergabe der Unterschriften an LR Mennel
5. Gespräche mit Frau LR Mennel

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Umsetzung unserer berechtigten Forderungen einen massiven Qualitätsschub im gesamten Bildungsbereich bedeuten würde. Völlig klar ist auch, dass dieses Bündel von Forderungen nicht von heute auf morgen umsetzbar ist.

Aber: Der Prozess ist gestartet – die Diskussion eröffnet – der landesweite Schulterschluss ist erfolgt!

Danke für eure Unterstützung, die vielen Anrufe und Mails! Es tut gut zu spüren, dass man auf dem richtigen Weg ist und von einer breiten Gruppe getragen wird. Wir werden dran bleiben und weiter für unsere Anliegen kämpfen – zum Wohle der Kinder und zum Wohle der LehrerInnen!

Die Umsetzung der Forderung bringt einen massiven Qualitätsschub im Bildungsbereich.

FACTBOX

Forderungskatalog für eine qualitative Verbesserung der Volksschulen

Die Volksschulen brauchen dringend zusätzliche Unterstützungsmittel (personell, finanziell und räumlich), um eine der heutigen Zeit und ihren geänderten Anforderungen wirklich angemessene, gute und fundierte Basisarbeit im Bildungssystem leisten zu können. Seit Jahren werden die berechtigten Forderungen auf politischer Ebene einfach ignoriert!

Als bereits existierende Gemeinsame Schule muss die Primarstufe all jene Ressourcen erhalten, die für eine gut funktionierende Schule benötigt werden. Der Beruf der VS-Lehrerin/des VS-Lehrers muss wieder attraktiv werden!

- Personal: zusätzliche Lehrpersonen für Teamteaching (besonders im Schuleingangsbereich und in Ganztagesklassen) und/oder kleinere Klassen; mehr BeratungslehrerInnen, SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen; Aufbau einer LehrerInnenreserve
- Strukturreform: zwei Pflichtjahre Kindergarten; Ausbau der Ganztagesbetreuung; Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen; Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten; Anerkennung von Verhaltensauffälligkeiten für zusätzliche Stundenressourcen; freie Stundenkontingente wie in der Mittelschule
- Bauliche Maßnahmen: beste räumliche und lehrmittelmäßige Ausstattung aller Volksschulen für moderne Unterrichtsformen und kindgerechte SchülerInnenbetreuung; entsprechende LehrerInnenarbeitsplätze
- Besoldungsrecht: keine Benachteiligung gegenüber den MittelschullehrerInnen und -leiterInnen; sollten im neuen Dienstrecht mehr Wochenstunden vorgesehen sein, müssen diese 1:1 abgegolten werden; Mehrstufenzulagen für jahrgangsgemischte Klassen

Mit ihrer Unterschrift fordern die Lehrpersonen Schullandesrätin Bernadette Mennel und Bundesministerin Claudia Schmied auf, umgehend die Umsetzung der geforderten Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Von Finanzministerin Maria Fekter verlangen wir, die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

KAMPAGNE „RETTET DIE VOLKSSCHULE“ ZEIGT BEREITS WIRKUNG

Mitte Februar, als die überparteiliche Unterschriftenaktion noch gar nicht beendet war, beschäftigten sich bereits die Parlamentsparteien in Wien mit den Forderungen aus Vorarlberg. In einem Gespräch zwischen ÖVP, SPÖ und Grünen kam man überein, dass es bereits im Frühjahr 2013 (März) einen Unterausschuss zum Thema „Volksschule“ geben soll.

Damit wäre es auch möglich, dass noch vor den Wahlen der eine oder andere Punkt im Parlament beschlossen werden könnte.

Sehr erfreulich ist, dass in diesem Unterausschuss jede Partei einen externen Schulexperten einladen kann. Der Grüne Nationalratsabgeordnete Harald

Walser hat diesbezüglich bereits Kontakt mit den Initiatoren der Unterschriftenaktion aufgenommen. Außerdem war aus Wien zu erfahren, dass auch Siegi Stemer, der neue Berater der Unterrichtsministerin in Sachen Volksschule, manche Forderungen der Kampagne „Rettet die Volksschule“ in sein neues Konzept zur Frühförderung einarbeiten wolle.

Einmal mehr zeigt sich also, dass mit vereinten Kräften die Bildungspolitiker sehr wohl zum Umdenken bewegt werden können. Klar ist aber auch: Wir haben den Zeitpunkt für diese Aktion goldrichtig gewählt. Es stehen Wahlen vor der Tür und da möchte es sich wohl kaum ein Politiker offen mit uns LehrerInnen verscherzen. Man darf gespannt sein.

(Text der Aktion und Medienberichte dazu auf „gerhardunterkofler.blogspot.co.at“)

Gerhard Unterkofler



Bewegung in der Schullandschaft

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

Erstaunliches hat sich in den letzten Monaten in der Vorarlberger Schullandschaft ereignet. Den Anfang machte die Schullandesrätin mit der Ankündigung eines Schulversuches zur Gemeinsamen Schule in Lustenau. Das Feuer scheint jedoch mittlerweile fast schon wieder erloschen. Mehr Substanz haben sicherlich zwei Initiativen von der Basis. Erstmals formieren sich VolksschullehrerInnen zu einem gemeinsamen Anliegen, ebenfalls eine Premiere stellt die Leiterinitiative dar.

VOLKSCHULLEHRERINNEN BEGEHREN AUF

Ein Personenkomitee von LehrerInnen, LeiterInnen und PersonalvertreterInnen zeigt mit Nachdruck auf, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Der seit Jahren immer größer werdende Personalmangel macht vor allem Volksschulen massiv zu schaffen. Fehlende Stundenkontingente erschweren Lösungen am Standort, gesellschaftliche Veränderungen bringen auch die Schulen unter Zugzwang, ohne dass dafür die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind. Die Resonanz auf diese Aktion ist enorm, ein großer Teil der VolksschullehrerInnen unterstützt mit ihrer Unterschrift das Anliegen der InitiatorInnen.

Die „Freien LehrerInnen“ haben bereits vor zwei Jahren mit der Veranstaltung „Volksschule in Not“ auf die Probleme von KollegInnen in dieser Schulart aufmerksam gemacht. Damals meinte eine Diskussionsteilnehmerin noch etwas resigniert: „Die VolksschullehrerInnen sind sehr leidensfähig.“ Anscheinend hat sich da auch etwas geändert – erfreulich!

LEITERINNEN WERDEN AKTIV

Der Bezirk Dornbirn machte den Anfang. Ein Treffen mit einigen LeiterInnen machte klar, dass die Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen mittlerweile sehr groß ist. Der bürokratische Teil der Arbeit nimmt deutlich zu, andere Arbeitsfelder ebenfalls. LeiterInnen von mittleren und größeren Schulen üben mittlerweile Managementfunktionen aus. Anders als bei AHS und BMHS fehlen jedoch sowohl AdministratorInnen als auch SekretärInnen, die für die Organisation eines solchen Betriebes notwendig sind.

Fast zeitgleich war auch in den anderen Bezirken zu spüren, dass DirektorInnen zur Selbsthilfe greifen wollten. Die Personalvertretung wurde gebeten, die Koordination der Bewegungen zu übernehmen. Einige Treffen von LeiterInnen aus allen Schularten fanden statt, am 12. März 2013 ist ein landesweites Treffen aller LeiterInnen der Vorarlberger Pflichtschulen geplant, bei dem ein Forderungspapier beschlossen werden soll.

UND DIE POLITIK?

„Man darf bei der Gemeinsamen Schule nicht nur blockieren und sagen: Das kommt nicht in Frage. Wir müssen uns von diesen Reflexen verabschieden.“ So äußerte sich Landeshauptmann Wallner in einem Gespräch mit dem Kurier. Wer allerdings darauf hoffte, dass diesen erfreulichen Aussagen auch dementsprechende Taten folgen würden, wurde enttäuscht. Das mittlerweile beschlossene Forschungsprojekt zur Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen stößt bei vielen LehrerInnen auf keine große Gegenliebe. „Was soll denn noch erforscht werden? Alle notwendigen Fakten liegen seit langem auf dem Tisch!“, machte unlängst ein Kollege seinem Unmut Luft. Das Projekt ist auf zwei Jahre angesetzt. In dieser Zeit finden sowohl Nationalrats- als auch Landtagswahlen statt – sicher ein Zufall.

„Volksschule in den Fokus rücken“ – niemand bestreitet eigentlich die Richtigkeit der Anliegen, das Land Vorarlberg kann einiges dazutun, manche Problembereiche zumindest zu entschärfen. Gerade in der Volksschule wird für Kinder die Basis für ihre weitere schulische Entwicklung gelegt. Wir müssen alles dafür tun, dass die Bedingungen dafür möglichst gut sind. Derzeit sind sie es nur in beschränktem Ausmaß.

Auch DirektorInnen zählen zum Personal und haben deshalb natürlich das Recht auf Vertretung. Wenn dann wie unlängst im Bezirk Feldkirch innerhalb weniger Wochen zwei VolksschulleiterInnen das Handtuch werfen, wenn immer wieder DirektorInnen ganz verzweifelt um Ersatz für erkrankte LehrerInnen suchen müssen oder selbst im Dauereinsatz beim Supplieren sind, wenn LeiterInnen sich nicht mehr um ihre LehrerInnen kümmern können, weil sie alle möglichen Arbeiten erledigen müssen, dann sehe ich als Standesvertreter akuten Handlungsbedarf. Wir dürfen gespannt sein, was die nächsten Wochen und Monate mit sich bringen.



AMS-Unterstützung für SchulleiterInnen

Heinz Tinkhauser (direktion@hsne.snv.at)
Direktor der Mittelschule und Sportmittelschule Nenzing

Nennen Sie eine Firma in Vorarlberg mit über 30 Mitarbeitern und ca. 300 Kunden, wo der Chef bzw. die Chefin Mädchen für alles ist und nicht einmal eine Schreibkraft besitzt! Sie werden mit Sicherheit keine finden, es sei denn, Sie sehen sich in einer Schule um.

Noch vor ca. 20 Jahren war der Beruf des Schulleiters äußerst erstrebenswert und um ausgeschriebene Stellen bewarben sich meist mehrere KollegInnen. Reihungskriterien – Dienstbeurteilung, Dienstalter, soziale Situation – wurden erstellt, um zu bewirken, dass der beste Kandidat bzw. die fähigste Kandidatin die ausgeschriebene Stelle dann auch wirklich bekam. Mittlerweile ist man froh, wenn sich überhaupt eine geeignete Lehrperson um eine ausgeschriebene Leiterstelle bewirbt.

Im Bezirk Bludenz gab es für das Schuljahr 2012/13 für sieben Dienststellen gerade mal sechs Bewerbungen. Eigentlich ein Armutszeugnis für ein Land, das sich selbst als „Bildungsland“ bezeichnet.

Der Aufwand ist in allen Bereichen des Schullebens enorm gestiegen.

Der Beruf der SchulleiterIn ist sicherlich einer der interessantesten und abwechslungsreichsten. Man ist laufend im Kontakt mit

unterschiedlichsten Personen und Institutionen und hat eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten, trotz fehlender Finanz- und Personalhoheit.

Dass sich immer weniger Kolleginnen und Kollegen um Leiterstellen bewerben, hat folgende Gründe:

Der Aufwand ist in allen Bereichen des Schullebens in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Unterstützung gibt es nur wenig, für eine Schule mit 13 Klassen gerade mal 1,6 Stunden für die Verwaltung. Eine neue Pädagogik mit gestiegenen Ansprüchen hat Einzug gehalten und diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Auf die Mittelschule folgt nun die Ganztagschule und jährlich nehmen mehr Kinder die Mittagsbetreuung in Anspruch. Zusätzliche Schwerpunkte und eine Vielzahl von durchaus wichtigen Angeboten bedeuten zusätzlichen Arbeitsaufwand. Öffentlichkeitsarbeit ist zur Selbstverständlichkeit geworden und die Zusammenarbeit mit den Eltern soll weiter ausgebaut werden. Der neueste Hit sind die geplanten verpflichtenden KEL-Gespräche. Die Ausstattung der Schulen mit technischen Geräten

steigt permanent und Schulen mit über 100 Computern sind heute keine Seltenheit.

Nachdem in den vergangenen Jahren Kollegen und Kolleginnen teilweise schon mit 55 Jahren in die Pension verabschiedet wurden, hat man das Pensionsantrittsalter mittlerweile auf 65 Jahre hinaufgesetzt. Das bedeutet auch eine wesentlich längere Lebensarbeitszeit. Wenn die Welt schon nicht gerecht ist, dann könnte man sie wenigstens erträglich machen, und zwar durch eine längst fällige administrative Entlastung.

Mit Stichtag 8. Jänner 2013 waren allein im Bezirk Bludenz laut AMS ca. 200 Bürokräfte arbeitslos gemeldet. Für arbeitslos gemeldete Bürokräfte besteht die Möglichkeit, einmal jährlich in einem Betrieb – als auch in einer Schule – auf freiwilliger Basis und unentgeltlich ein Praktikum im Ausmaß von drei Monaten zu absolvieren. Über das AMS bekommt die Bürokraft eine finanzielle Entschädigung pro Tag. Im Anschluss an dieses Praktikum besteht die Möglichkeit, eine solche Bürokraft in ein fixes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Mehrere Schulen könnten sich eine solche Bürokraft auch gemeinsam aufteilen. Über einen Zeitraum von drei Monaten würde das AMS 50% der Lohnkosten übernehmen. Es würde auch Sinn machen, die derzeit anfallenden Verwaltungsstunden für Bürobienstete zu verwenden.

Handlungsbedarf ist gegeben. Eine Arbeitsgruppe mit KollegInnen aus Volks- und Mittelschulen bemüht sich derzeit in Zusammenarbeit mit der Personalvertretung um Lösungsvorschläge. Es müsste auch im Interesse des Landes sein, dass einfache Verwaltungstätigkeiten gerade in Zeiten des LehrerInnenmangels nicht durch ausgebildete PädagogInnen erledigt werden.

Auf Grund der Mittelschulreform werden nun Millionen von Euros zusätzlich für den Unterricht in heterogenen Gruppen ausgegeben, an eine administrative Entlastung der Schulleiter wurde nicht einmal gedacht. Wer Qualität an den Schulen will, muss in Zukunft auch darauf achten, dass Qualität möglich ist. Und dazu bedarf es auch einer bestmöglichen Unterstützung der Leiterinnen und Leiter.



SUPER VISION

Einzelsupervision/ Einzelcoaching Vermittlung durch Arbeitsmedizinerin	<p>KollegInnen können sich an die Arbeitsmedizinerin Dr. Christine Klien wenden und um ein Abklärungsgespräch ersuchen. Bei positivem Ergebnis bewilligt die Schulabteilung 5 Einheiten – keine Kosten für LehrerInnen!</p> <p>Kontakt: Ameco - Dr. Christine Klien, Rheinstraße 61, 6900 Bregenz T 05574 / 202 -1031</p> <p>Persönliche Anfragen mit Angabe der Telefonnummer und des Schulstandortes an: christine.klien@ameco.at</p>
	<p>Sprechstunden der Arbeitsmedizinerin: jeweils 16 – 18 Uhr</p> <p>März: 6.3. (Mi) , 20.3. (Mi) April: 3.4. (Mi), 10.4. (Mi), 17.4. (Mi), 25.4. (Do) Mai: 2.5. (Do), 8.5. (Mi), 15.5. (Mi), 22.5. (Mi) Juni: 5.6. (Mi), 27.6. (Do) Juli: 3.7. (Mi)</p>

Weitere Möglichkeiten

Einzelsupervision/ Einzelcoaching Schulpsychologie Bludenz	<p>Die Schulpsychologie Bludenz (Dr. Brigitta Amann und Dr. Martin Nikolussi) bietet auch dieses Jahr wieder Einzelsupervision/-coaching an. So lange es ihre Kapazität erlaubt, können sich auch KollegInnen aus anderen Bezirken anmelden. Für LehrerInnen fallen keine Kosten an.</p> <p>Kontakt: Josef-Wolf-Platz 2, 6700 Bludenz T 05552 / 63863 schulpsychologie.bludenz@lsv-vbg.gv.at</p>
Gruppensupervision/ Gruppencoaching PH Vorarlberg	<p>Wie bisher können LehrerInnentteams und Schulen bei der PH Vorarlberg Gruppensupervision/Gruppencoaching beantragen.</p> <p>Kontakt: PH Vorarlberg, Mag. Annette Tschann, T 05522 / 31199 – 300 M annette.tschann@ph-vorarlberg.ac.at</p>



PFLEGEURLAUB FAMILIENHOSPIZFREISTELLUNG

PFLEGEURLAUB (laut § 59 LDG und § 29 VBG)




Anlass: Es besteht ein Rechtsanspruch auf Pflegefreistellung bei nachweislich notwendiger Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden erkrankten oder verunglückten nahen Angehörigen (Ehegatten, Verwandtschaft in gerader Linie, Geschwister, Stief-, Wahl- und Pflegekinder, Partner oder Lebensgemeinschaft)

Ausmaß: Eine Wochenlehrverpflichtung pro Schuljahr; für im gemeinsamen Haushalt lebende Kinder bis zu 12 Jahren besteht Anspruch auf eine weitere Wochenlehrverpflichtung. Der Pflegeurlaub kann stundenweise verbraucht werden.

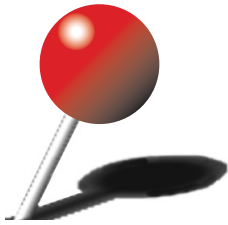
Nachweis: Eine schriftliche Begründung der Notwendigkeit der Pflegefreistellung muss auf Verlangen vorgelegt werden.

Familienhospizfreistellung: (§ 59d LDG und § 78d BDG)

Der Lehrperson ist auf ihr Ansuchen zum Zwecke der Sterbebegleitung eines nahen Angehörigen folgende Hospizfreistellung zu gewähren:






-  Dienstplanerleichterung
-  Herabsetzung der Wochendienstzeit (aliquote Kürzung der Bezüge)
-  Gänzliche Dienstfreistellung (Entfall der Bezüge)

Ausmaß: Drei Monate, kann auf Ansuchen um weitere 3 Monate verlängert werden; Entfall der Bezüge und keine Versicherung (???)
keine Vorrückung; negative Pensionsauswirkung.






KURAUFWENTHALT

KURAUFWENTHALT (laut § 60 LDG und § 24a VBG)

-  LehrerInnen wird auf Antrag für die Dauer eines Kuraufenthaltes Dienstbefreiung gewährt.
-  Diese Dienstfreistellung gilt als eine durch Krankheit verursachte Abwesenheit vom Dienst. Bei der zeitlichen Einteilung ist auf zwingende dienstliche Gründe Rücksicht zu nehmen.
-  Es besteht auch ein Rechtsanspruch auf Unterbringung in einem Genesungsheim, zur völligen Herstellung der Gesundheit nach einem chirurgischen Eingriff oder nach einer schweren Erkrankung.
-  Für Kuraufenthalte wird ein Selbstbehalt eingehoben - abhängig vom Bruttoeinkommen.
-  Genauere Informationen (Verzeichnis der Einrichtungen, Höhe des Selbstbehaltes, ...)
www.bva.at (Kur und Rehabilitation)
www.vgkk.at (Kur- und Genesungsaufenthalte)

Vorgangsweise

-  Antrag beim zuständigen Sozialversicherungsträger stellen (BVA oder VGKK).
-  Bewilligung wird im Dienstweg an die zuständige SachbearbeiterIn in der Schulabteilung weitergeleitet.
-  Dienstbefreiung erfolgt schriftlich ebenfalls im Dienstweg.



BERATUNG & INFORMATION

Aufgabe von Personalvertretern ist es unter anderem, LehrerInnen und LeiterInnen über diverse dienstrechtliche und schulische Themen zu informieren.

Wie bieten deshalb allen KollegInnen umfassende Information und Beratung zu Themen wie

- **Zeitkonto**
- **Sabbatical**
- **Pensionsantritt**
- **Gehaltszettel**
- **Hilfen für JunglehrerInnen**
- **Pendlerpauschale**
- **Leistungen der Gewerkschaft**
- **Geschenkannahme**
- **usw.**



Du möchtest einen Termin? - Ruf uns einfach an!



Ihr habt als Lehrerteam ein Anliegen? - Wir kommen auch gerne an eure Schule!

Für weitere Informationen:

Armin Roßbacher: 0664 62 55 819

armin.rossbacher@vorarlberg.at

Gerhard Unterkofler: 0664 73 71 97 92

unterkofler.gerhard@aon.at



Man rette sich über die nächsten Wahlen!

LAbg. Katharina Wiesflecker, Bildungs- und Sozialsprecherin der Grünen

Katharina Wiesflecker (katharina.wiesflecker@gruene.at)

Wir Grüne wählten in der letzten Landtagssitzung in der Aktuellen Stunde das Thema „Stärkung des Pflichtschulbereichs“ mit den zwei zentralen Forderungen: die Volksschulen brauchen mehr Ressourcen, die Mittelschulen brauchen die begabten Schüler und Schülerinnen für gut funktionierende Lerngruppen, also die Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen.

Sehr positiv zu bewerten ist das größere öffentliche Engagement gesellschaftlich relevanter Institutionen für die Bildung. Sei es die Wirtschaftskammer in einstimmigen Beschlüssen zu Ganztagschule und Gemeinsamer Schule oder die Caritas mit ihrem Sozialbericht, in dem sie Bildung als präventiv wirksamste Sozialpolitik einfordert. Und vor allem die Stimmen aus den Schulen selbst: die Initiative „Rettet die Volksschulen“, das Schreiben der MittelschuldirektorInnen an die Landesrätin im Eintreten für eine Modellregion Gemeinsame Schule in ganz Vorarlberg und nicht zu vergessen: Die Hälfte der Direktoren gymnasialer Langformen hat sich öffentlich gegenüber der Gemeinsamen Schule aufgeschlossen gezeigt.

DARF SIE ODER DARF SIE NICHT?

Das heißt, der Boden wäre aufbereitet. Ohne Verantwortung für Altlasten könnte die neue Landesrätin Bildungsreformen angehen. Könnte, wenn man sie ließe und wenn sie selbst davon überzeugt wäre!

**Regierungsbeteiligung
nur, wenn Gemeinsame
Schule bis 2018
verwirklicht wird**

Der Landeshauptmann ist bemüht zu sagen, sie habe freie Hand. Allein mir fehlt der Glaube. Tatsache ist, dass er selbst bei entscheidenden Debatten den Landesvater herauskehrt und nur mit der Aussage, die Opposition würde oberflächlich diskutieren, Inhalte vom Tisch fegt und die Debatte auf eine andere Ebene zieht. Der Vater hat gesprochen. Eine Strategie, die die ÖVP übrigens oft anwendet.

Tatsache ist auch, dass das politische Risiko für die ÖVP groß ist. Einerseits gibt es starke ÖVP-interne Widerstände gegen die Gemeinsame Schule (v.a. die Fraktion christlicher Gewerkschafter) und andererseits gibt es eine starke reformorientierte Fraktion (vor allem in der Wirtschaft). Weder der Landeshauptmann noch die Landesrätin wollen vor den Wahlen eine der beiden Gruppen verprellen.

FORSCHUNGSPROJEKT UM ZEIT ZU GEWINNEN.

Das ist auch der Grund, warum ein Forschungsprojekt aus dem Hut gezaubert wurde. War es zu Beginn noch die Gemeinsame Schule in Lustenau, ging das Wort „Gemeinsam“ innerhalb eines Monats verloren. Es werden jetzt die „Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Schule der 10- bis 14-Jährigen unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklungen in Vorarlberg“ untersucht – so der offizielle Titel. UND: Ergebnisoffen soll der Prozess sein. Das lässt einen durchschnittlich kritisch denkenden Menschen aufhorchen. Die Begriffe „ergebnisoffen“ und „freiwillig“ bedeuten aus dem Mund von ÖVP-PolitikerInnen meist, dass sie selbst keine Entscheidung treffen, sondern diese – an wen auch immer – delegieren.

Bildungsdaten liegen mehr als genug auf dem Tisch. Wir wissen auch, wie sich die Gesellschaft in Vorarlberg verändert hat: brüchigere Familiennetze und Arbeitsverhältnisse, Abstiegsängste der Mittelschicht, stärkeres Auseinanderdriften von Reich und Arm, Herausforderungen in der Integration. Man müsste nur einmal ressortübergreifend Bildungs- und Sozialdaten austauschen und zusammen denken. Ein Ansatz, den wir seit vielen Jahren einfordern!

Und wie Schule weiterentwickelt werden kann, das weiß man auch. Ein Blick nach Finnland oder Südtirol reicht. Das Forschungsprojekt ist wohl eher ein „Wirschinden-Zeit-und-retten-uns-über-die-nächsten-Wahlen-hinweg-Projekt“.

Das Problem ist, dass wir eigentlich keine Zeit mehr haben. Die PädagogInnen tun, was sie können, trotz der systemischen Behinderung. Vieles Positive gelingt, das ist bewundernswert. Die Trennung der Kinder mit 10 Jahren ist aber keine Organisationsfrage, sondern eine zutiefst pädagogische und gesellschaftlich relevante!

Die Landtagsdebatte kann übrigens nachgesehen und -gehört werden, unter <http://www.vorarlberg.at/landtag/landtag/newsbox/landtagssitzungen/aktuellestunde/aktuellestunde.htm>

Sie fragen, wir antworten

MDL BEI REDUZIERTER LEHRVERPFLICHTUNG

?

Ich habe dieses Schuljahr eine reduzierte Lehrverpflichtung um 50 %. Jetzt ist eine Lehrerin krank geworden und ich muss 4 Stunden pro Woche mehr unterrichten. Gibt es für diese Stunden ebenfalls die Vergütung für Mehrdienstleistungen?

§

Ja, allerdings nicht in voller Höhe. LehrerInnen mit voller Lehrverpflichtung gebührt für jede MDL 1,3 % des Gehaltes. Bei teilbeschäftigten LehrerInnen beträgt dieser Zuschlag nur 1,20 %. (siehe LDG § 50 (5) und (6))

HÖHE DER ABFERTIGUNG BEI REDUZIERTER LV

?

Ich bin Vertragslehrerin und werde voraussichtlich am 1. Dezember 2013 in Pension gehen. Seit einigen Jahren habe ich eine reduzierte Lehrverpflichtung. Hat das Auswirkungen auf meine Abfertigung?

§

Ja. Im VGB 84 (4) und (4b) sind die Regelungen zur „Abfertigung alt“ (Beginn des Dienstverhältnisses vor 2003) zu finden. Die Höhe der Abfertigung hängt von der Dauer des Dienstverhältnisses und der Höhe des Monatsentgeltes für den letzten Beschäftigungsmonat ab.
In deinem Fall solltest du überlegen, ob du deine Lehrverpflichtung für die letzten Monate erhöhen kannst.

NEBENGEBÜHRENWERTE – INFLATIONSANPASSUNG?

?

Ein Kollege von mir behauptet, dass bei Pensionen die erworbenen Nebengebührenwerte nicht mehr der Inflation angepasst werden. Stimmt diese Aussage?

§

Nein. Nebengebührenwerte sind ein Teil der Pension und werden natürlich jedes Jahr um den ausgehandelten Prozentsatz erhöht.

GEMEINSAMER KARENZURLAUB

?

Meine Frau und ich erwarten im September unser erstes Kind. Wir möchten gerne die ersten drei Monate gemeinsam in Karenz gehen. Ist das möglich?

§

Nein. Mutter und Vater können gemeinsam Karenz im Ausmaß von einem Monat in Anspruch nehmen. Dadurch wird auch das maximale Ausmaß des Karenzurlaubes von 2 Jahren um einen Monat reduziert.
Mutterschutzgesetz (MSchG § 15a (1))



Endlich!

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Wissenschaftsminister Töchterle und Unterrichtsministerin Schmied haben sich auf die Pädagoginnenbildung NEU geeinigt. Die Ausbildung auf tertiärem Niveau findet an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen statt.

In Zukunft wird es Eignungs- und Aufnahmeverfahren für angehende PädagogInnen geben. Dieses Ausbildungsmodell wurde auf breiter Diskussionsbasis seit 2008 erarbeitet.

Im Studienjahr 2014/15 oder 2015/16 sollen die ersten Studienangebote der PädagogInnenbildung NEU für die Bereiche Elementarpädagogik (Kindergarten), Primarpädagogik (Volksschule), Sekundarpädagogik (Sek I, Sek II) starten.

Es werden zwar weiterhin KindergartenpädagogInnen an der BAKIP ausgebildet, doch nun besteht zusätzlich die Möglichkeit, sich auch für den Elementarbereich universitär ausbilden zu lassen.

Wermutstropfen: Es fehlt die verpflichtende Ausbildung aller ElementarpädagogInnen (Kindergarten) auf universitärem Niveau. Gerade im Vorschulbereich wäre eine universitäre und pädagogisch sinnvolle Ausbildung notwendig. Dies würde nicht nur die Qualität, sondern auch das Gehalt der KindergartenpädagogInnen steigern.

EINHEITLICHE CURRICULA MIT BACHELOR- UND MASTER-ABSCHLÜSSEN

4 Jahre (240 EC) für die Ausbildung zum Bachelor

1-2 Jahre Induktion, als Berufseinstiegsphase begleitet von erfahrenen Pädagog/innen als Mentor/innen)

1-2 Jahre (60 bis 120 EC) berufsbegleitendes Masterstudium. Das Masterstudium kann parallel zur Induktionsphase absolviert werden.

Mindestens 60 EC muss im Gesamtstudium der Anteil für allgemeine bildungswissenschaftliche Grundlagen umfassen.

Quereinsteiger/innen können fachliche und pädagogische Kompetenzen angerechnet werden.

BACHELOR OF EDUCATION

Endlich ist es soweit: Mit der hochschulischen Nachqualifizierungs-Verordnung ist für jene LehrerInnen,

die sich in den vergangenen Jahren intensiv weitergebildet haben, der Weg offen für den Bachelor of Education. Die Tür zur Akademisierung des LehrerInnen-Berufes wurde damit geöffnet. Der nächste Schritt muss der Master im Rahmen der reformierten LehrerInnen-Bildung für alle PädagogInnen sein.

Damit hat Unterrichtsministerin Claudia Schmied eine wesentliche Forderung der FSG-Gewerkschaft erfüllt. Trotzdem hat die Pflichtschullehrergewerkschaft berechtigterweise zwei wichtige Kritikpunkte:

- DiplompädagogInnen, die eine viersemestrige Lehramtsausbildung aufweisen, wird bedauerlicherweise die Möglichkeit des „Bachelor of Education“ überhaupt versagt.
- Hausarbeiten, welche vor dem Jahr 1999 verfasst wurden, erfüllen alle notwendigen wissenschaftlichen Kriterien einer Diplomarbeit (Thesenbildung, Thesenüberprüfung, Umfang, Nachweis der wissenschaftlichen Arbeit, Angabe von Literaturhinweisen etc.) und sollten daher auch gleichberechtigt im Kompetenzportfolio dokumentiert werden können.

DIE 4 SCHRITTE AUF WWW.NACHQUALIFIZIERUNG.AT ZUM BEd

- 1) Die Plattform bietet umfassende Information und Unterstützung für alle interessierten PflichtschullehrerInnen. Eine Hotline des zentralen BMUKK-Supportteams bietet zusätzlich persönlichen Kontakt bei An- und Nachfragen.
- 2) Auf der Plattform füllen alle BewerberInnen das elektronische Kompetenzportfolio aus, in welchem die Lehrgangserfordernisse nachgewiesen werden müssen (Auflistung zusätzlicher Lehrbefähigungen, von Fortbildungen, von Veröffentlichungen etc.).
- 3) Sobald der/die AntragstellerIn alle Dokumente hochgeladen hat, sichtet der zentrale Support das Portfolio auf Richtigkeit und Vollständigkeit und gibt eine Zulassungsempfehlung an die entsprechende PH ab.
- 4) Im letzten Schritt prüft die jeweilige PH alle Dokumente auf Echtheit und erteilt bei positivem Ausgang die formale Zulassung zum Ergänzungsstudium mittels Bescheid bzw. zur Graduierung zum Bachelor of Education (BEd).

NACHGELESEN

im



Wie Ela und Viki Deutsch lernen

(Sabine Dreier-Graninger, derStandard.at, 10.1.2013)

Sprachvielfalt ist ein Gewinn und kein Defizit. Ein Erfahrungsbericht aus einer Volksschule

Zu Schulbeginn im September startete die siebenjährige Ela aus Rumänien in der zweiten Klasse unserer Schule. Viki aus Griechenland (9 Jahre) begann ihre Schullaufbahn in Österreich in der dritten Klasse. Beim Aufnahmegespräch konnten wir uns nur mit ein paar Wörtern Englisch verständigen. Beide Mädchen sprachen kein Wort Deutsch.

Unterstützung der LehrerInnen spielt eine große Rolle

Die Klassenlehrerinnen motivierten die Klassengemeinschaft mit pädagogischem Geschick, mit den Mädchen viel zu sprechen, ihnen alles zu zeigen, kurz, Mitverantwortung dafür zu tragen, dass sie möglichst rasch Deutsch lernen.

Bei unserer Förderlehrerin gibt es von Anfang an täglich eine Stunde intensiven Deutschunterricht, und alle Fördermaßnahmen werden genutzt, um den Spracherwerb zu intensivieren. Ela und Viki fühlen sich sehr wohl in ihrer Klasse, haben Freundschaften geschlossen, sind Teil einer Klassengemeinschaft, die viele Herkunftsländer vereint. Sie gehören ganz einfach dazu.

Stolz und Selbstwertgefühl fördern

Nach nun genau fünf Monaten können sich beide Mädchen selbstverständlich auf Deutsch unterhalten, können flüssig lesen und verstehen, was läuft. Kleine Konversationen mit mir als Direktorin gehören zum Schulalltag, und ich freue mich immer wieder über den Stolz und die Selbstverständlichkeit, mit der sich die beiden in ihren Sprachwelten bewegen. Sie können ja mehrere Sprachen: ihre Muttersprache, Deutsch und auch etwas Englisch. Welch ein Potenzial!

Dessen sind sie sich durchaus bewusst, wenn wir ihnen ihr Selbstwertgefühl nicht beschädigen, indem wir ihre Sprachkompetenz als mangelhaft bewerten. Für die beiden Mädchen war die soziale Integration in eine Klassengemeinschaft enorm wichtig, um dazuzugehören. Allein dies ist Motivation genug, die Sprache zu lernen.

Sprache als etwas Alltägliches

Spracherwerb findet am intensivsten im Alltag und im Umgang mit anderen Kindern statt und nicht in der künstlichen Situation einer Sprachklasse. An unserer Volksschule werden derzeit 14 Sprachen gesprochen, aber die deutsche Sprache verbindet alle und ermöglicht das Miteinander. Mit Stolz bezeichnen wir uns als internationale Schule und vermitteln den mehrsprachigen Kindern das Gefühl, dass ihre Sprachvielfalt ein Gewinn und kein Defizit ist.

Ich wünsche mir, dass Politikerinnen und Politiker, aber auch Fachleute mehr in die schulische Realität schauen, mit großen und kleinen Menschen vor Ort reden, um einschätzen zu können, was in unserer Schule und für unsere Kinder heute notwendig ist. Wir, die wir täglich mit den Kindern Schule leben, wissen es.

Sabine Dreier-Graninger ist Direktorin der Volksschule Bregenz-Stadt.

Mobbing

Höchstgerichtsurteil: Arbeitgeber muss einschreiten

(Quelle: Solidarität 946, Februar 2013)

Immer mehr ArbeitnehmerInnen sind Opfer von Mobbing am Arbeitsplatz. Nun hat der Oberste Gerichtshof (OGH) ein wegweisendes Urteil für Betroffene gesprochen. Schreitet ein Arbeitgeber nicht ein, wenn ein/e ArbeitnehmerIn gemobbt wird, haftet er für die Folgeschäden. Die gemobbte Person hat Anspruch auf Schadenersatz.

WAS IST MOBBING?

Unter Mobbing versteht man feindliche Handlungen gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Aber nicht jeder Konflikt ist bereits Mobbing. Überall, wo Menschen über längere Zeit zusammenarbeiten, gibt es Streitereien. Mobbing hingegen wird gezielt, systematisch und über einen längeren Zeitraum mit der Absicht des „Ausgrenzens und Vertreibens vom Arbeitsplatz“ betrieben.

„Für Gewerkschaftsmitglieder gibt es eine kostenlose Mobbingberatung.“

Dabei wird ein/e MitarbeiterIn von einer oder einigen Personen systematisch, oft und während längerer Zeit mit dem Ziel und/oder Effekt des

Ausstoßes aus dem Arbeitsverhältnis direkt oder indirekt angegriffen. Mobbing ist gegen Personen gerichtet, die aus dem einen oder anderen Grund nicht in der Lage sind, sich selbst zu verteidigen. Es muss also ein Ungleichgewicht im Stärkeverhältnis vorhanden sein. Man spricht nicht von Mobbing, wenn etwa zwei gleich starke Personen einen Konflikt austragen, wenn es sich um einmalige Konflikte, oder wenn es sich um kleine Konfliktepisoden handelt.

DIE AUSWIRKUNGEN

Eine besonders schwerwiegende Form des Mobbing ist, wenn der Täter/die Täterin in der Person des/der Vorgesetzten zu finden ist (man spricht in diesem Fall von „Bossing“). Die Wehrlosigkeit des/der Betroffenen ist durch das hierarchische Gefälle und der daraus resultierenden Abhängigkeit hier in besonderem Maße gegeben.

Mobbing ist eine Form psychischer Gewalt, die von Betroffenen als Trauma erlebt wird. Dies kann schwerwiegende gesundheitliche Folgen nach sich ziehen: Konzentrationsstörungen, Angstzustände, Panikattacken, Schlafstörungen, Versagens- und Schuldgefühle, und/oder Depressionen, Suchterkrankung oder im schlimmsten Fall Suizid (15% der Suizide sind auf

Mobbing zurückzuführen!). Ebenso gehen oft Freundschaften und Ehen zu Bruch, das Selbstwertgefühl des/der Betroffenen ist auf dem Nullpunkt, der/die Betroffene zieht sich zurück oder wird aggressiv.



MOBBINGVERBOT IM LDG

Für LehrerInnen und LeiterInnen gilt in diesem Falle das LDG § 29a, der einen achtungsvollen Umgang (Mobbingverbot) vorschreibt.

„Landeslehrpersonen haben als Vorgesetzte ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und als Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter ihren Vorgesetzten sowie einander mit Achtung zu begegnen und zu einem guten Funktionieren der dienstlichen Zusammenarbeit beizutragen. Sie haben im Umgang mit ihren Vorgesetzten, Kolleginnen und Kollegen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Verhaltensweisen oder das Schaffen von Arbeitsbedingungen zu unterlassen, die deren menschliche Würde verletzen oder dies bezwecken oder sonst diskriminierend sind.“

WAS TUN?

Bei Verdacht auf Mobbing sollte man sich an die Personalvertretung bzw. Lehrgewerkschaft wenden. Gewerkschaftsmitgliedern bietet die GÖD eine kostenlose Mobbing-Beratung. Betroffene können sich an den Vorsitzenden der Pflichtschullehrgewerkschaft wenden, der sie dann an einen ausgebildeten Mobbingberater der GÖD weitervermittelt. (Tel. 0664 73 71 97 92, unterkofler.gerhard@aon.at)



Positive Signale oder taktische Spielchen?

Willi Schneider (wilhelm.schneider@schule.at)

LR Bernadette Mennel ließ aufhorchen, als sie in ihrem ersten Interview einen Schulversuch „Gemeinsame Schule“ mit Standort Lustenau vorschlug. LH Wallner ging sogar noch weiter und forderte ein Ende der Blockade durch die Bundes-ÖVP. Es schien fast so, als ob mit der ÖVP Vorarlberg die dritte Landes-ÖVP auf die Forderung der Experten nach einer Gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen einginge. Die steirische ÖVP ist ja schon lange, die Tiroler ÖVP seit kurzem dafür.

Allerdings lässt die Landesrätin schon mit der Wahl des voraussichtlichen Standorts erkennen, wie wenig ernst es ihr mit einer „Gemeinsamen Schule“ wirklich ist. Selbst, wenn das Gymnasium Lustenau bei einem solchen Schulversuch mitgemacht hätte, gäbe es genügend Ausweichmöglichkeiten. Lustenau ist als Standort für einen solchen Schulversuch ungeeignet. Zu diesem Ergebnis dürfte auch der SGA des Gymnasiums Lustenau gekommen sein, jedenfalls lehnte dieser dankend ab. Die logische Konsequenz wäre es jetzt gewesen, den Schulversuchsraum auszuweiten, etwa auf das gesamte Land Vorarlberg. Vorarlberg bietet sich ja als Modellregion für einen solchen landesweiten Schulversuch an.

Stattdessen spricht die Landesrätin jetzt von einer zweijährigen wissenschaftlichen Studie zu diesem Thema. Sie tut so, als müsste man die Sinnhaftigkeit einer Umstellung noch untersuchen. Dies angesichts einer Faktenlage, die eindeutiger nicht mehr sein kann und in den Schulnotizen mehrfach aufgezeigt wurde. Soll man jetzt die jüngsten Äußerungen als positive Signale oder einfach als taktische Spielchen der Ländle-ÖVP werten? Mennel hat eigentlich die Antwort darauf schon gegeben. Sie weiß, dass der Kreis der Befürworter einer „Gemeinsamen Schule“ immer

größer wird, nicht nur außerhalb der ÖVP. Sie sieht, dass die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, die Gewerkschaft, der Dachverband der Elternvereine, der katholische Familienverband, die Lehrervereine der Pflichtschullehrer u. a. die „Gemeinsame Schule“ fordern.

Dagegen sind die konservativen Gewerkschafter und PersonalvertreterInnen der AHS an der Spitze einer immer kleiner werdenden Ablehnungsfront. Da diese zu den KernwählerInnen der ÖVP gehören, traut sich auch die ÖVP-Bundesspitze nicht, einer Reform zuzustimmen. Die Landesrätin versucht mit taktischen Spielchen Zeit zu gewinnen. Vielleicht geben die Befürworter der „Gemeinsamen Schule“ ja auch auf, wenn man die Entscheidung möglichst lange hinauszögert. Genau das darf nicht passieren. Das Verschleppen der Reform muss den Verantwortlichen politisch schaden.

Das gilt auch für den Landeshauptmann. Er hat sich ja seit seinem Interview in der „Presse“ leider nicht mehr zum Thema „Gemeinsame Schule“ geäußert. Das ist schade. Sein Statement hatte bei manchen Befürwortern der „Gemeinsamen Schule“ die Hoffnung ausgelöst, er werde seine Landesrätin aus der Geiselschaft der konservativen AHS-Lehrer befreien.

Spätestens nach der Abstimmung im SGA des BG Lustenau wäre eine politische Weichenstellung erforderlich gewesen. Eine solche Klarstellung wäre ein Signal für die Bildungspolitik im gesamten Bundesgebiet gewesen. Als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz hätte er das auch in diesem Gremium zum Thema machen können. Man hätte dann auch die Landeshauptleutekonferenz ausnahmsweise bildungspolitisch nicht nur mit Einsparungen in Verbindung bringen müssen.

Unsere PersonalvertreterInnen helfen Ihnen gerne
in allen dienstlichen Angelegenheiten weiter.
Die Namen finden Sie im aktuellen SLV-Kalender.

Die Freien LehrerInnen laden ein:

JONGLIERKURS FÜR PFLICHTSCHULLEHRERINNEN

KURSLEITUNG: ELISABETH MÄRK

KOSTENLOS - ANMELDEFRIST: 12. APRIL 2013

unterkofler.gerhard@aon.at; Tel. 0664/ 73 71 97 92

Mittwoch, 17. April 2013
16.00 bis 17.15 Uhr
VMS Hohenems-Herrenried
(Turnhalle)

Freie LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

Die Vorarlberger Pflichtschullehrergewerkschaft veranstaltet:

HOL DIR DEIN GELD ZURÜCK

Jedes Jahr schenken die Beschäftigten dem Finanzminister mehrere Millionen Euro, weil sie die Arbeitnehmerveranlagung (früher Lohnsteuerausgleich) nicht machen.

Im Frühjahr 2013 bieten wir deshalb allen interessierten GÖD-Mitgliedern die Möglichkeit, online den Steuerausgleich zu machen oder sich über diese Thematik zu informieren. Speziell ausgebildete Fachleute des Vorarlberger ÖGB helfen dabei. Nichtmitglieder, die vorher noch der Gewerkschaft beitreten, erhalten auch die Unterstützung für die ANV.

1. Termin

3. April 2013 (13 – 17 Uhr)

Ort: Mittelschule Nenzing

2. Termin

10. April 2013 (13 – 17 Uhr)

Ort: Mittelschule Feldkirch Levis

3. Termin

17. April 2013 (13 – 17 Uhr)

Ort: Mittelschule Hohenems-Herrenried



APS – Vorarlberger
Pflichtschullehrergewerkschaft

Anmeldeschluss: 22. März 2013 - **Anmeldungen und Infos:** unterkofler.gerhard@aon.at;
Tel. 0664 73 71 97 92

Wichtig! Um die Arbeitnehmerveranlagung durchführen zu können, braucht es einen Online-Code. Wer diesen noch nicht hat, kann ihn beim Finanzamt abholen (Ausweis mitnehmen). Bitte mit Angabe, für welche Jahre die Veranlagung gemacht werden soll (2012, 2011, 2010, 2009, 2008)



www.freielehrer.at
DIE Homepage für Vorarlberger LehrerInnen

